

## 50 Millionen für Kambodscha

### Bundesregierung: Waldheim soll UNO-Beauftragten benennen

**Bonn.** (Reuter/ap) Die Bundesregierung stellt nach Informationen diplomatischer Kreise in Bonn in diesem Jahr rund 50 Millionen Mark zur Unterstützung der kambodschanischen Bevölkerung zur Verfügung. Damit habe Bonn im gesamten Indochina seit 1975 Hilfsmaßnahmen in Höhe von 90 Millionen Mark eingeleitet, über zwei Drittel davon allein in diesem Jahr, hieß es gestern. Darin enthalten seien 23 Millionen Mark im Rahmen des EG-Programms und 21 Millionen Mark, die nachträglich in den Haushalt aufgenommen worden seien.

Nach einem Besuch des Asienbeauftragten des Außenministeriums, Jens Petersen, in Thailand verlautete in Bonn, daß sich die Situation im Thailändisch-Kambodschanischen Grenzgebiet in den letzten Tagen nicht gebessert habe. Noch immer seien Hunderttausende vom Tod durch Hunger und Krankheit bedroht. Allein im thailändischen Flüchtlingslager Sa Kaeo registrierten 35 000 Menschen auf engstem Raum vor sich hin. Die meisten seien in einem „ganz erbärmlichen Zustand“, und täglich würden 30 bis 40 Tote registriert. Obwohl inzwischen genügend Nahrungsmittel und Ärzte vorhanden seien, komme meist jede Hilfe zu spät.

Petersen habe mit Vertretern der in Thailand arbeitenden internationalen Organisationen und der Regierung in Bangkok über eine Verbesserung der Hilfsmaßnahmen gesprochen. Dabei sei auch eine mögliche Erweiterung der Entwicklungshilfe für Thailand erörtert worden, „als Anerkennung der Anstrengungen bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems“, hieß es in Bonn.

Schwierigkeiten bereitet offenbar immer noch das ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis der thailändischen Regierung, die in die Kämpfe zwischen den Anhängern des gestürzten kambodschanischen Diktators Pol Pot auf der einen Seite und dem von Vietnam unterstützten Regime Heng Samrins nicht hineingezogen werden wolle. Aus diesem Grund hatte sie die Kambodscha-Flüchtlinge erst im Oktober als Flüchtlinge anerkannt und damit die Hilfe internationaler Organisationen ermöglicht.

Probleme treten offensichtlich auch in Kambodscha selbst auf. In Bonn verlautete,

daß Internationale Rote Kreuz und UNICEF in ihrer Arbeit von der Regierung Heng Samrins behindert würden, weil sie auch in Thailand tätig seien. Dagegen könnten andere Organisationen wie Caritas, Welthunger-Hilfe und das Diakonische Werk ohne Schwierigkeiten helfen, da sie sich auf Kambodscha beschränkten. Die für die Arbeit unbedingt erforderliche Erfolgskontrolle sei allerdings nicht möglich.

Für das Rote Kreuz ist nach Angaben des DRK-Generalsekretärs Jürgen Schilling eine „zumindest rudimentäre Kontrolle“ der Verteilung von Hilfsgütern unverzichtbar. Schilling sagte in Bonn, wenn beispielsweise ohne entsprechende diplomatische Vorkehrungen mit einer Versorgung der notleidenden kambodschanischen Bevölkerung aus der Luft begonnen würde, könne man nicht verhindern, daß die Container von Truppen aufgesammelt und die als Hilfsgüter gedachten Materialien für die Kriegsführung verwendet würden.

Der DRK-Mitarbeiter Alfred-Joachim Hermann, der in der vergangenen Woche als erster Vertreter eines nationalen Roten Kreuzes einen Hilfsflug nach Phnom Penh begleitet hatte, berichtete in Bonn, daß die offiziell nach Kambodscha gebrachten Hilfsgüter auch tatsächlich der Bevölkerung zugute kämen.

Wie es heißt, hat die Bundesregierung inzwischen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim ersucht, einen UNO-Beauftragten zu benennen, der vor allem in Thailand die Verbindung zwischen den Hilfe-Organisationen und den Behörden halten kann, um politische Entscheidungen zugunsten der Flüchtlinge zu erleichtern.

# 50 Millionen für Kambodscha

## Bundesregierung: Waldheim soll UNO-Beauftragten benennen

**Bonn.** (Reuter/ap) Die Bundesregierung stellt nach Informationen diplomatischer Kreise in Bonn in diesem Jahr rund 50 Millionen Mark zur Unterstützung der kambodschanischen Bevölkerung zur Verfügung. Damit habe Bonn im gesamten Indochina seit 1975 Hilfsmaßnahmen in Höhe von 90 Millionen Mark eingeleitet, über zwei Drittel davon allein in diesem Jahr, hieß es gestern. Darin enthalten seien 23 Millionen Mark im Rahmen des EG-Programms und 21 Millionen Mark, die nachträglich in den Haushalt aufgenommen worden seien.

Nach einem Besuch des Asienbeauftragten des Außenministeriums, Jens Petersen, in Thailand verlautete in Bonn, daß sich die Situation im Thailändisch-Kambodschanischen Grenzgebiet in den letzten Tagen nicht gebessert habe. Noch immer seien Hunderttausende vom Tod durch Hunger und Krankheit bedroht. Allein im thailändischen Flüchtlingslager Sa Kaeo registrierten 35 000 Menschen auf engstem Raum vor sich hin. Die meisten seien in einem „ganz erbärmlichen Zustand“, und täglich würden 30 bis 40 Tote registriert. Obwohl inzwischen genügend Nahrungsmittel und Ärzte vorhanden seien, komme meist jede Hilfe zu spät.

Petersen habe mit Vertretern der in Thailand arbeitenden internationalen Organisationen und der Regierung in Bangkok über eine Verbesserung der Hilfsmaßnahmen gesprochen. Dabei sei auch eine mögliche Erweiterung der Entwicklungshilfe für Thailand erörtert worden, „als Anerkennung der Anstrengungen bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems“, hieß es in Bonn.

Schwierigkeiten bereitet offenbar immer noch das ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis der thailändischen Regierung, die in die Kämpfe zwischen den Anhängern des gestürzten kambodschanischen Diktators Pol Pot auf der einen Seite und dem von Vietnam unterstützten Regime Heng Samrins nicht hineingezogen werden wolle. Aus diesem Grund hatte sie die Kambodscha-Flüchtlinge erst im Oktober als Flüchtlinge anerkannt und damit die Hilfe internationaler Organisationen ermöglicht.

Probleme treten offensichtlich auch in Kambodscha selbst auf. In Bonn verlautete,

daß Internationale Rote Kreuz und UNICEF in ihrer Arbeit von der Regierung Heng Samrins behindert würden, weil sie auch in Thailand tätig seien. Dagegen könnten andere Organisationen wie Caritas, Welthunger-Hilfe und das Diakonische Werk ohne Schwierigkeiten helfen, da sie sich auf Kambodscha beschränkten. Die für die Arbeit unbedingt erforderliche Erfolgskontrolle sei allerdings nicht möglich.

Für das Rote Kreuz ist nach Angaben des DRK-Generalsekretärs Jürgen Schilling eine „zumindest rudimentäre Kontrolle“ der Verteilung von Hilfsgütern unverzichtbar. Schilling sagte in Bonn, wenn beispielsweise ohne entsprechende diplomatische Vorkehrungen mit einer Versorgung der notleidenden kambodschanischen Bevölkerung aus der Luft begonnen würde, könne man nicht verhindern, daß die Container von Truppen aufgesammelt und die als Hilfsgüter gedachten Materialien für die Kriegsführung verwendet würden.

Der DRK-Mitarbeiter Alfred-Joachim Hermann, der in der vergangenen Woche als erster Vertreter eines nationalen Roten Kreuzes einen Hilfsflug nach Phnom Penh begleitet hatte, berichtete in Bonn, daß die offiziell nach Kambodscha gebrachten Hilfsgüter auch tatsächlich der Bevölkerung zugute kämen.

Wie es heißt, hat die Bundesregierung inzwischen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim ersucht, einen UNO-Beauftragten zu benennen, der vor allem in Thailand die Verbindung zwischen den Hilfe-Organisationen und den Behörden halten kann, um politische Entscheidungen zugunsten der Flüchtlinge zu erleichtern.

